

Energiewende in aller Munde – aber in wessen Händen?

Die Energiewende aus zivilgesellschaftlicher Sicht:
100 %, dezentral, naturverträglich und sozial gerecht.

Vortrag von Prof. Dr. Angelika Zahrt, Ehrenvorsitzende des BUND

DBU-Symposium, Osnabrück 26.10.2013

Die Energiewende aus zivilgesellschaftlicher Sicht – heißt in Kurzfassung:
100 %, dezentral, naturverträglich und sozial gerecht. Das ist das Ziel.

Bürger und Bürgerinnen nehmen die Energieversorgung selbst in die Hand (*Folie 1*). An dem Beschluss zur Energiewende haben viele mitgewirkt – maßgeblich auch die Ethik-Kommission – unter ihren Vorsitzenden Klaus Töpfer und Matthias Kleiner. Wesentlich für die Energiewende aber war, dass Bürgerinnen und Bürger sich in den letzten Jahrzehnten gegen die Atomkraft, gegen neue Kohlekraftwerke, gegen Braunkohletagebaue, gegen CCS oder gegen Gas-Fracking engagiert haben

Gleichzeitig nehmen BürgerInnen und Bürger schon seit vielen Jahren die Energiewende selbst in die Hand - angefangen von den Tüftlern auf den Öko-Messen der 80er Jahre – und gestalten die Energiezukunft. Überall dort, wo die Bürger beim Ausbau der Erneuerbaren mitentscheiden und auch mitverdienen können, gibt es die größte Akzeptanz und die größte Dynamik beim Ausbau.

Erfolgsgeschichte EEG – Bürgerenergie braucht EEG

(Folie 2)

Die Energiewende geht voran und sie kommt von unten: Ein Viertel unseres Stroms [2012: 23 % d. Bruttostromverbrauchs] ist heute schon erneuerbar. Die Hälfte der Wind-, Solar- und Biomasse-Anlagen sowie der Wasserkraftwerke gehört Privatpersonen, 12 Prozent den etablierten Energieversorgern und davon nur ein Bruchteil von 6,5 Prozent (Stand 2011) den vier großen Energiekonzernen. Dieser hohe Anteil der Bürgerinvestitionen bezieht sich nicht nur – wie man zunächst meinen könnte - auf die kleine PV-Anlage auf dem Dach. Auch bei der Windenergie an Land sind die Bürger mit über 50% Anteil Marktführer der Energiewende.

Für diesen Boom mitverantwortlich ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Es ist eine Erfolgsgeschichte, die zu einer unglaublichen Dynamik geführt hat. Dieses Gesetz hat die Investitionen durch Bürgerwindparks und Solargenossenschaften in diesem Ausmaß überhaupt ermöglicht. Alle gesetzten Ausbauziele wurden vorzeitig erreicht. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren sind der Einspeisevorrang der Erneuerbaren und die garantierte Einspeisevergütung.

Der Widerstand gegen die Energiewende

Von der Energiewende von unten profitieren viele, die Hersteller von EE-Anlagen, die Handwerker vor Ort, die vielen Investoren – und das Klima. Vom Weiterbetrieb der Atom- und Kohlekraftwerke profitieren nur die alten Energiekonzerne. Aber genau deshalb gibt es Widerstand gegen die Energiewende und gegen den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Die alte Energiewirtschaft sieht ihr Geschäftsmodell schwinden und dies schneller als erwartet. Nun wollen sie ihre Gewinne retten und solange wie möglich an ihren großen Kraftwerken und den zentralen Strukturen festhalten. Gleichzeitig gibt es das große Interesse energieintensiver Wirtschaftszweige, möglichst wenig zur Energiewende beitragen zu müssen.

Auch in der alten Bundesregierung standen nicht alle mit Überzeugung hinter der Energiewende. Und die Kohle und Kohleverstromung hat auch ihre politische Lobby – wie sich gerade in diesen Tagen bei den Koalitionsverhandlungen zeigt.

(Folie 3)

Dieser Widerstand von Energiekonzernen, Teilen der Wirtschaft und Politik gegen die Energiewende hat Schlagzeilen produziert - „sie war in aller Munde“ und hat den Eindruck erweckt, als hinge das Schicksal Deutschlands am Strompreis - und an den steigenden Strompreisen sei allein das EEG schuld. Umweltminister Altmaier erfindet in dieser höchsten Not die „Strompreisbremse“ und will die Erneuerbaren Energien deckeln oder quotieren, als handle es sich bei der Ausbreitung der Erneuerbaren Energien um eine gefährliche Krankheit und nicht um ein erstrebenswertes Ziel. Zum Glück wurde der Umweltminister seinerseits ausgebremst – von seinen Länderkollegen und der breiten Unterstützung, die die Erneuerbaren in allen Bevölkerungsschichten und auch in (fast) allen Parteien haben. Es gab hier – um Martin Jänickes Begriff zu nutzen – eine kritische Masse für die Erneuerbaren Energien.

So interessegeleitet die Kampagne gegen die Erneuerbaren Energien auch ist, die große Resonanz und auch die Verunsicherung haben gezeigt, wie wichtig es ist, sich mit den irreführenden Kostenargumenten auseinanderzusetzen, Transparenz in die Preisbildung zu bringen und die Ursachen bzw. die Verursacher hoher Preise aufzuzeigen.

Die Debatte um die Strompreise

1. Die angebliche Unbezahlbarkeit des Stroms

Die Kostenbelastung der Privathaushalte durch die Energiewende hält sich insgesamt in Grenzen. Wenn die EEG-Umlage für 2014 auf gut 6 Cent/kWh ansteigt, bedeutet dies für den Durchschnittshaushalt eine Mehrbelastung von rund 3 Euro pro Monat. Die Stromkosten eines Haushaltes machen insgesamt nur ein Viertel der Energiekosten aus, die EEG-Umlage hiervon wiederum nur ein Fünftel. Die deutlich größeren Preissteigerungen gab es in den letzten Jahren bei Heizöl und Benzin. Darüber gab es kaum Aufregung.

2. Industrie zahlt niedrige Strompreise dank Subventionen

Die Wirtschaftsverbände schreien am lautesten über steigende Stromkosten und drohen – wie so oft – mit Abwanderung. Fakt ist aber, dass für die Wirtschaft und insbesondere energieintensive Branchen die Strompreise so niedrig sind wie seit Jahren nicht mehr. Viele zahlen kaum mehr als den Börsenstrompreis von aktuell unter 4 Cent pro Kilowattstunde – der übrigens auch Dank der Erneuerbaren-Einspeisung so niedrig liegt. Die energieintensiven Unternehmen sind die großen Profiteure der Energiewende. Insgesamt werden sie bei den Energiekosten pro Jahr mit 16 Mrd. Euro subventioniert. Ursprünglich waren diese Rabatte und Ausnahmen für diejenigen Unternehmen gedacht, die sehr stark im internationalen Wettbewerb stehen, aber auf Druck der Wirtschaft ist dieser Kreis von der Bundesregierung so ausgeweitet worden, dass heute die meisten Unternehmen zu Unrecht in den Genuss von Subventionen bei den Energiekosten kommen. So werden die Kosten für die Energiewende immer ungerechter verteilt – zulasten vor allem der privaten Haushalte. Ein Durchschnittshaushalt zahlt im nächsten Jahr mit der Stromrechnung bereits 80 Euro im Jahr allein für die Subventionen der Industrie.

3. Sinkende Strompreise an der Börse werden an Verbraucher nicht weitergegeben

Die Erneuerbaren Energien senken sogar den Strompreis an der Börse. Doch die sinkenden Preise geben viele Energieversorger nicht an die Privatkunden weiter, sondern steigern lieber ihre Gewinne. So steigen die Haushaltsstrompreise, obwohl Strom an der Börse immer billiger wird.

4. Sozial ungleiche Verteilung

Arme Haushalte sind besonders belastet. Sie bezahlen oft die höchsten Strompreise, weil sie den Anbieter mangels Bonität nicht wechseln können. Sie zahlen besonders oft überbewertete Grundversorger-Tarife und haben kaum Chancen, stromsparende Maßnahmen zu finanzieren. Aber hier blieb die Bundesregierung untätig. Diese ungelöste Fragen der sozialen Verteilung sind reale Probleme. Aber man kann sich schon wundern, wer da plötzlich im Zusammenhang mit der Energiewende sein Herz für einkommensarme Menschen entdeckt.

5. Kosten der Energiewende in längerfristiger Perspektive

Die Energiewende schafft Unabhängigkeit von riskantem Atomstrom und von fossilen Rohstoffen. Diese werden nicht nur immer teurer, sie heizen auch die Klimaerwärmung an.

Aber es ist klar: Ein Umstieg auf erneuerbare Energien hat seinen Preis. Würde Deutschland jedoch weiter auf fossile Energien setzen, stiege der Strompreis ebenfalls. Steinkohle, Öl und Gas werden immer teurer. Derzeit kosten die Importe dieser Energieträger rund 80 Mrd. Euro pro Jahr. Prognostiziert werden die Kosten für Steinkohle, Öl und Gas bis 2030 auf 140 Mrd. Euro pro Jahr. Hinzu kommt, auch

ohne mehr Erneuerbare müsste das hiesige Energiesystem modernisiert werden. Sowohl der Kraftwerkspark als auch die Leitungsnetze sind veraltet. Nach Analysen der EU Kommission bis 2030 macht es daher kostenmäßig keinen Unterschied, egal ob in der EU in Kohle und Atomkraftwerke oder in erneuerbare Energien investiert wird. Und um die Rechnung ehrlich zu machen: Im Strompreis sind die „versteckten Nebenkosten“ von atomarem und fossilem Strom nicht eingepreist, weder der Klimawandel, noch die Bergbaufolgekosten, noch die Kosten für den Atommüll. Genauso wenig wie die Milliarden, mit denen Kohle und Atomstrom seit Jahrzehnten direkt subventioniert werden. Da relativieren sich die Subventionen für die Erneuerbaren Energien.

BürgerInnen wollen die Energiewende von unten

Diese Auseinandersetzungen um die Kosten der Energiewende haben nicht nur medialen Wirbel verursacht – sie haben auch Spuren hinterlassen: Energiegenossenschaften, die sich gründen wollten, waren verunsichert, Energietische in kleinen Gemeinden hatten plötzlich keine Unterstützung des Bürgermeisters mehr, die örtliche Sparkasse stellte die angekündigte Unterstützung eines kommunalen Energiegutachtens in Frage.

Hier ist allein durch die Diskussion schon viel ausgebremst worden – an gemeinschaftlichem Engagement für die Energiewende, an Aktivitäten und Schwung – und das ist das wesentliche Kapital der Energiewende von unten.

(Folie 4)

Aber letztlich gibt es eine gute Nachricht für die Zukunft der Energiewende und einen Auftrag an die neue Bundesregierung: Trotz des medialen Dauerfeuers befürwortet eine klare Mehrheit in der Bevölkerung weiterhin die Energiewende. Nach einer – vom BUND im September 2013 in Auftrag gegebenen - repräsentativen Meinungsumfrage des Forschungsinstituts Emnid erwarten 84 % der Deutschen von einer neuen Bundesregierung, dass sie sich dafür einsetzt, die Energieversorgung schnellstmöglich zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewährleisten. 83 % der Deutschen sind der Meinung, dass Gewinne und Kosten der Energiewende gerecht auf Bürger und Industrie verteilt werden sollten. Außerdem sprechen sich 74 % der Befragten für eine Energiewende aus, bei der dezentrale, erneuerbare Energien in Bürgerhand Vorrang haben.

(Folie 5)

Jeder Dritte der von Emnid Befragten würde sich gern finanziell an Erneuerbare-Energien-Anlagen in seiner Nähe beteiligen. Das sind über 20 Millionen potentielle Investoren, die Lust auf eine engagierte Fortsetzung der Energiewende haben. Eine neue Bundesregierung sollte dieses Potential für die Energiewende aktivieren.

Der Koalitionsvertrag muss die Weichen stellen für Klimaschutz und Energiewende.

So positiv der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist – beim Klimaschutz müssen wir feststellen;

- dass 2012 die Treibhausgas-Emissionen wieder gestiegen sind (CO₂ um 2 %)
- und dass Deutschland sein Klimaziel für 2020 – 40 % weniger Treibhausgase gegenüber 1990 – nur schwer erreichen wird. Bisher, bis 2012, sind nur 26 % weniger erreicht und laut einer aktuellen Studie des UBA werden ohne weitere Maßnahmen nur 34 % erreicht werden.

Diese kritische Entwicklung hat vor allem zwei Gründe:

1. die wieder zunehmende Produktion von Kohlestrom,
und
2. der bisher nur sehr unzureichenden Verringerung des Energieverbrauchs..

Zum ersten Punkt:

Die Kohle wird zum Klimaproblem der Energiewende. Das liegt vor allem daran, dass der Emissionshandel nicht funktioniert und deshalb Kohle viel zu billig ist. Die alte Bundesregierung hat die Reform des Emissionshandels in der EU maßgeblich mitverhindert – die neue Bundesregierung muss diese Reform voranbringen.

Aber zusätzlich zu einem höheren CO₂-Preis wird es darum gehen, das geordnete Ende der Kohleverstromung einzuleiten. Denn Kohlekraftwerke sind nicht nur klimaschädlich, sie sind auch unflexibel. Sie werden zunehmend zum Problem in einer Energiewende, die flexible, effiziente Gaskraftwerke braucht, um den Ausgleich von schwankender Wind- und Sonnenstromspeisung auszugleichen. Gerade diese Kraftwerke aber werden zurzeit von der Kohle vom Markt verdrängt. Es ist jetzt Aufgabe der Politik, hier anspruchsvolle Effizienz- und CO₂-Standards für alte wie neue Kraftwerke zu setzen.

Um das Stromsystem flexibler zu machen, braucht es zum Beispiel eine bessere Nachfragesteuerung und flexible Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit Wärmespeichern. Das schafft mehr Versorgungssicherheit und reduziert den Bedarf an neuen Kraftwerken.

Zum zweiten Punkt, der Senkung des Energieverbrauchs und Steigerung der Energieeffizienz:

Das Energiekonzept der Bundesregierung von 2010 formuliert klare Ziele: Bis zum Jahr 2020 soll der Primärenergieverbrauch Deutschlands um 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2008 reduziert werden, bis 2050 um 50 Prozent. Der Gebäudebestand soll bis 2050 nahezu klimaneutral sein. Tempo und Intensität der Verbrauchsreduktion müssen in Zukunft aber noch erheblich gesteigert werden. Denn aktuelle Zahlen zeigen, dass wir noch weit von den nationalen Zielmarken entfernt sind – so ist der Primärenergieverbrauch seit 2008 nur um 2 Prozent gesunken.

Die aktuellen Vorgaben im Ordnungsrecht gewährleisten nicht, dass die Energiesparziele erreicht werden. Vorhandene finanzielle Anreize bieten keine ausreichende Motivation und Planungssicherheit für Planer und Investoren. Denn die zur Verfügung gestellten Fördermittel schwanken unvorhersehbar je nach Haushaltslage. Zudem verlieren sich Verbraucher und Unternehmen derzeit in einem „Förderdschungel“ aus Programmen auf Bundes-, Landes- und regionaler bzw. kommunaler Ebene. Das muss sich ändern, damit auch bei der Effizienz Bürgerinnen und Bürger zum Motor werden.

Denn die Effizienzwende kann nur durch die Bürger gelingen. Beispiel Gebäudesanierung: 76 % der Entscheider über die Frage, ob eine Gebäudesanierung stattfindet oder nicht, sind Selbstnutzer oder private Vermieter.

Die anstehende nationale Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) bietet die große Chance, das lückenhafte Instrumentarium zur Steigerung der Energieeffizienz zu ergänzen, zu koordinieren und auf eine langfristig stabile finanzielle Basis zu stellen.

Und schließlich ein dritter kritischer Punkt: Die politische Verantwortung für die Energiewende.

Die letzte Bundesregierung hat sich bei der Energiewende vor allem gegenseitig blockiert, die Kanzlerin hat das weitgehend hingenommen. Nicht von ungefähr kommt der Vorwurf des schlechten Managements. Es hat hier von der Ethik-Kommission Vorschläge zur Umsetzung gegeben, die neu geprüft werden sollten. Denn die Energiewende muss politisch in Berlin in guten Händen sein – damit sie führend, koordinierend, kraftvoll und als Gemeinschaftswerk umgesetzt werden kann.

Fortsetzung der dezentralen Energiewende in Bürgerhand

Ein wesentlicher Punkt ist dabei die Fortsetzung der dezentralen Energiewende in Bürgerhand und die politischen Weichenstellungen hierfür, die jetzt in den Koalitionsvereinbarungen getroffen werden müssen.

(Folie 6)

1. Richtungsentscheidung für eine dezentrale Energiewende in Bürgerhand treffen.

Für viele Akteure ist es wichtig zu wissen, in welche Richtung die Politik die Energiewende steuern will. Wir fordern ein klares Bekenntnis der nächsten Bundesregierung zu einer dezentralen Bürger-Energiewende im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Diese Richtungsentscheidung muss dann bei den konkreten Gesetzesnovellierungen in die Tat umgesetzt werden. Die Energiepolitik muss Anreize setzen, damit die Energiewende zu einer möglichst umfassenden und weitgehenden Dezentralisierung des Energiesystems geführt wird. Das Ziel einer dezentralen Energiewende in Bürgerhand muss zum Kriterium für alle relevanten energiepolitischen Entscheidungen (Marktdesign, Kapazitätsmärkte, Netzfinanzierung/Netzentgeltregelungen, Integration des Wärme- und Mobilitätssektors mit dem Stromsektor, Energieeffizienz, Einführung von bidirektionalen Smart Grids) werden. Die Bundesregierung soll einer bürgernahen Energiewende Vorrang geben und Betroffene zu Beteiligten machen. Die Energiewende soll sich auf dezentrale Maßnahmen konzentrieren: Die Bundesregierung soll vorrangig alle Technologien

fördern, die keine Übertragungsnetze erfordern. Die Bundesregierung soll ihre rechtliche Kompetenz für eine dezentrale Energiewende ausschöpfen. Die Bedingungen im EnWG sollen so präzisiert werden, dass Stadtwerke und regionale Genossenschaften gegenüber den großen Energiekonzernen in der Breite eine echte Marktchance haben. Eine gesetzliche Verpflichtung zu mehr Öffentlichkeit und Transparenz soll die Voraussetzung für diskriminierungsfreie Vergaberichtlinien und für einen diskriminierungsfreien Markt verbessern.

2. Effizienzwende von Unten anstoßen.

Die Energieverschwendung drastisch einzugrenzen schafft die Basis dafür, den Umbau auf 100 Prozent erneuerbare Energien umweltverträglich, kosteneffizient und sozial gerecht zu gestalten. Zentral wird es sein, auch im Bereich der Energieeffizienz eine ähnliche Dynamik wie beim Ausbau der Erneuerbaren Energien durch die Bürger vor Ort auszulösen. Dazu braucht es verbindliche Regelungen sowie ausreichende und verlässliche Förderinstrumente. Die nationale Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) bietet hierfür eine große Chance, die von der neuen Bundesregierung unbedingt genutzt werden muss.

3. EEG optimieren, Bürgerenergie stärken.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss weitergehen. Die Bürger treiben vor allem den Ausbau der Windenergie an Land und der Photovoltaik voran. Es bedarf für alle Investoren, vor allem aber für die Energiebürger vor Ort, klarer und verlässlicher Rahmenbedingungen, die auch weiterhin Investitionen ohne unnötige Risikoaufschläge ermöglichen. Das EEG soll zukünftig verstärkt eine dezentrale und verbrauchsnahe Erzeugung des Stroms anreizen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss naturverträglich erfolgen, dabei hilft eine bessere Planung und frühzeitige Bürgerbeteiligung. Im EEG muss die Förderung so gestaltet sein, dass eine Auswahl verschiedener Standorte möglich ist. D.h. gerade bei Windanlagen im Binnenland sollte die Förderung nicht nur auf die wirtschaftlichsten, aber vielleicht nicht immer verträglichsten Standorte beschränkt sein. Außerdem muss vor allem die Förderung der Biomasse so geändert werden, dass ökologische Probleme minimiert werden. Biomasse-Anlagen müssen flexibler gefahren werden und Biomasse aus Monokulturanbau abgelöst werden von verstärkter Reststoffverwertung. Klar sein muss aber auch: Eine unsichtbare Energiewende wird es nicht geben. Sie wird unser Landschaftsbild verändern.

4. Bürger durch gerechte Kostenverteilung entlasten.

Die Kosten der Energiewende müssen in Zukunft fair zwischen den verschiedenen Stromverbrauchern aufgeteilt werden. Auch die Verbraucher müssen von sinkenden Börsenstrompreisen profitieren.

Zudem müssen alle in die Lage versetzt werden, dass sie ihren Energieverbrauch reduzieren können. Deshalb sind beispielsweise Energiesparmaßnahmen für einkommensschwache Haushalte besonders zu fördern. Notwendig ist eine aktive Sozialpolitik, die Selbstverständliches garantiert: Alle müssen ihre Heizenergie und ihren Stromverbrauch bezahlen können. Helfen würde hier etwa, die Sozialleistungen den gestiegenen Energiekosten anzupassen.

5. Erneuerbare Wärme endlich nutzen - Solarthermie-Boom auslösen.

Die nächste Bundesregierung muss einen Boom für Erneuerbare Wärme, insbesondere für die Solarthermie, auslösen. Bis 2020 soll der Anteil der Erneuerbaren Energie zum Heizen und Kühlen bei 25 % liegen.

6. Bildung und Forschung für die Energiewende

Dieser Punkt sollte auch seinen Platz im Koalitionsvertrag haben – im Rahmen der bundespolitischen Kompetenzen.

Darüber hinaus aber ist Bildung für das Gelingen der Energiewende auf den verschiedensten Ebenen von zentraler Bedeutung: In den Schulen z.B. muss das Wissen über Energie und Klimaschutz vermittelt werden. Und dies muss in Übereinstimmung sein mit dem „heimlichen Lehrplan“ – wie es denn in der eigenen Schule mit der Energieeffizienz aussieht. Wenn die Schülerinnen und Schüler sich dann auch noch daran beteiligen, ihre Schule auf Klimakurs zu bringen, wenn sie erleben, dass ihr Engagement erwünscht, gefordert und erfolgreich ist, dann bestehen gute Chancen, dass sie auch später Agenten der Energiewende werden.

An den Hochschulen sind nicht nur Technik und Ingenieurwissenschaften gefordert, sondern auch Ökonomen müssen sich mit den neuen Entwicklungen auf den Energiemärkten, den langfristigen Perspektiven, den neuen Aufgaben in Systemsteuerung und Management, neuen Unternehmensformen auseinandersetzen – und darüber hinaus mit der Frage, welche weiterreichenden Auswirkungen die Dezentralität in der Energieversorgung auf Wirtschaftsstrukturen hat. Neue Fragen stellen sich auch für Sozialwissenschaftler und Psychologen.

Die Energiewende ist eine große Herausforderung, nicht nur für die Politik, für die Wissenschaft, für die Wirtschaft, sondern gerade auch für die Zivilgesellschaft. Vor allem aber ist die Energiewende die große Chance für eine klimafreundliche und demokratischere Energieversorgung. Und dafür setzen sich vielen Bürgerinnen und Bürger ein.

Ich freue mich, dass mit Ursula Sladek und den Elektrizitätswerken Schönau morgen einer von diesen Bürgerinnen der Umweltpreis der DBU verliehen wird. Das ist eine Bestärkung und Ermutigung für die Energiewende in Bürgerhand.

(Folie 7)